

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierzeitlicher Abonnementspreis 0,66 RM.;
Bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Girlich-Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 71.

Berlin, Sonnabend, 4. September 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Unkenrufe. — Der Welthandel 1908. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Briefkasten. — Anzeigen.

An unsere Leser!

Die Herbsteszeichen mehren sich, und damit nähert sich wieder die Zeit, in der das Leben in den Vereinen reger wird. Da heißt es, energig mit der

Agitation

einsehen, neue Mitglieder zu werben suchen, aber auch mit der

Propaganda für das Verbandsorgan

beginnen.

Wichtige sozialpolitische Gesetze werden im kommenden Herbst und Winter die Parlamente beschäftigen. Ueber alle diese Vorlagen unterrichtet

„Der Gewerksverein“.

Er beleuchtet sie vom Standpunkt unserer Organisation und erleichtert dadurch den Kollegen die Stellungnahme dazu in der Öffentlichkeit. Aber auch alle

Vorgänge in der Arbeiterbewegung werden eingehend erörtert und die

Angriffe der Gegner

energig zurückgewiesen. Wer also mit Erfolg für unsere gute Sache wirken will, muß regelmäßig den „Gewerksverein“ lesen, und wer davon überzeugt ist, daß Aufklärung der Mitglieder ein wichtiges Agitationsmittel ist, der muß auch unablässig neue Mitglieder für das Verbandsorgan zu gewinnen suchen. Der ungemein niedrige Preis von 65 Pfg. pro Quartal, der sich bei wöchentlich zweimaliger Zustellung durch den Briefträger auf 83 Pfg. erhöht, erleichtert die Werbearbeit.

Kollegen und Kolleginnen! Laßt unseren Appell nicht ungehört verhallen! Ihr müßt damit unserer Bewegung, zu deren Förderung jedes denkende und überzeugungstreue Mitglied gern beitragen sollte.

Also auf an die Arbeit! Werbt Abonnenten!

Unkenrufe.

Unsere lieben Scharfmacher glauben wieder einmal Obertwasser zu haben. Der schwere Druck, der noch immer auf unserem Wirtschaftsleben ruht, ist ihnen günstig. Die schlechte Arbeitsgelegenheit läßt die Arbeiter manches geduldig hinnehmen, wogegen sie sich in Zeiten günstigen Geschäftsganges entschieden aufbäumen würden. Dazu kommt der durch den Rücktritt des Fürsten Bülow erfolgte Wechsel in den verschiedenen Reichs- und Staatsämtern. Herr Dr. Delbrück, der frühere preussische Minister für Handel und Gewerbe, ist Staatssekretär des Reichsamts des Innern geworden. Eine übermäßige Arbeiterfreundlichkeit konnte man diesem Herrn wahrlich nicht nach-

sagen. Man hatte immer den Eindruck, als wenn er vollständig unter dem Einflusse des Unternehmertums stände. Freilich gibt es Leute, die da behaupten, daß der preussische Minister Delbrück nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Die Zusammensetzung des preussischen Junkerparlaments soll ihm überall beengende Schranken gezogen haben. Das mag sein. Damit ist aber die Tatsache nicht verwischt, daß sich dieser Herr in seiner bisherigen verantwortlichen Tätigkeit als ein warmer Gönner des Unternehmertums gezeigt hat. Wirklich arbeiterfreundliche Leistungen hat er nicht aufzuweisen. Und dieser Mann ist nun dazu berufen, die Sozialpolitik des Reiches zu leiten.

Da liegt es nahe, daß die Unternehmer, und namentlich die Scharfmacher, sich sagen: Man muß das Eisen schmieden, so lange es warm ist. Vielleicht kann man Herrn Delbrück bewegen, die „preussischen Traditionen“ auf das Deutsche Reich zu übertragen. So wird denn jede Gelegenheit benutzt, um gegen die bisherige Sozialpolitik scharf zu machen. Es wird nach berühmtem Muster so dargestellt, als wenn die Industrie die sozialpolitischen Lasten nicht mehr tragen könne, und daß ein weiteres Fortschreiten auf der Bahn der sozialen Reformen den Zusammenbruch der Industrie zur Folge haben müßte.

Vor uns liegt der Bericht des Verbandes der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk, der seinen Sitz in Elberfeld hat. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, daß das vergangene Jahr völlig frei von „Arbeiterunruhen“ gewesen sei. Nachdem die verschiedenen Ursachen für diese Erscheinung angeführt sind, heißt es: „Ueberhaupt scheint die auf beiden Seiten zunehmende Organisation eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens zu sein.“ Dieser Satz bedeutet eine Anerkennung der Arbeiterorganisation, wie sie seitens der Unternehmer bisher kaum ausgesprochen sein dürfte. Er gewinnt um so höhere Bedeutung, als die übrigen Ausführungen des Berichts erkennen lassen, daß der Verband der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk, wie es ja auch kaum anders zu erwarten ist, sonst den Organisationen der Arbeiter keineswegs freundlich gegenübersteht, sondern darin einseitige sozialdemokratische Gebilde erblickt.

Doch das nur nebenbei! Der größte Teil des Berichts wird ausgefüllt von Klagen über das allzu rasche Tempo in der Sozialpolitik, wodurch die gesamte deutsche Arbeitgebererschaft schwer beunruhigt sein soll. Zuerst ist es der Arbeitskammergesetzentwurf, der den ganzen Unwillen über die kein Ende nehmenden und an allen Ecken einsetzenden Versuche, die freie Betätigung der wirtschaftlichen Kräfte auszuschalten und die Industrie immer mehr unter staatliche Bevormundung zu bringen, zum elementaren Ausbruch gebracht habe. Deshalb habe sich auch der Arbeitgeberverband verpflichtet gefühlt, in einer energischen Resolution gegen diesen Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Mit Hilfe der Arbeitskammern solle nur das Tarifvertragswesen gefördert werden. Der Tarifvertrag aber gebe der politischen Sozialdemokratie nur die Möglichkeit, ihr Endziel zu erreichen; denn, so heißt es in dem Bericht wörtlich:

„Der Tarifvertrag der Zukunft wird sich nicht nur mit der Festsetzung der Arbeitszeit, der Betriebsord-

nung, der Arbeitslöhne beschäftigen, sondern wird auch die Zahl der Arbeiter bestimmen; er wird ferner darüber entscheiden, welche Maschinen angeschaffen und welche Arbeitsmethoden eingeführt sind; der Tarifvertrag wird sich um die Uebernahme oder Nichtübernahme von Bestellungen, um den Bezug der Rohmaterialien kümmern und schließlich auch mit den Verkaufspreisen der Fabrikate und dem dem Fabrikanten daraus zufließenden Gewinne befassen. Das erscheint uns heute noch als ein Phantasiegebilde; wenn aber solche Utopien von den in der Praxis stehenden Arbeiterführern in großen Versammlungen unter dem Weisfall der Anwesenden vorgetragen werden dürfen, wie das tatsächlich in Nürnberg geschehen ist, so erhält man einen Vorgeschmack davon, in welcher eigenartiger Weise die Arbeitskammer dem Zwecke der friedlichen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern dienen werden.“

Es verlohnt sich wirklich nicht, auf diese Schilderung näher einzugehen. Die Tatsache, daß in den Arbeitskammern Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen sitzen sollen, bürgt allein schon dafür, daß dieses Phantasiegebilde nicht zur Verwirklichung kommen würde.

Natürlich hat auch die Gewerbeordnungsnovelle und die Faltung der Reichstagsmehrheit dazu den Unwillen des bergischen Arbeitgeberverbandes nachgerufen. Namentlich die Herabsetzung der Maximalarbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden an den Wochentagen und 8 Stunden an den Sonnabenden soll die größten Schwierigkeiten verursacht haben. Selbst die bescheidensten Wünsche der Unternehmer hätten die Theoretiker des Reichstags nicht erfüllt. Deshalb „also wird sich die Industrie in irgend einer Form mit der durch das Gesetz geschaffenen Notlage abfinden müssen“. Das heißt mit anderen Worten, daß die Industrie schon Mittel und Wege finden wird, die „schweren Schädigungen“ jener sozialpolitischen Maßnahmen zu überwinden.

„Außer der Verkürzung der Frauenarbeit haben auch die Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle über die Heimarbeit und vor allem die für die Industrie entehrenden Strafbestimmungen, sowie die obligatorisch einzuführenden Arbeiterausschüsse den Widerspruch der Arbeitgeberkreise nachgerufen.“ Unter dem Druck dieser gesetzlichen Eingriffe und in der Voraussetzung, daß die Entwicklung allem Anschein nach nicht abgeschlossen ist, sondern daß weitere schädigende Schritte folgen werden, hat nach dem Berichte in der ganzen deutschen Arbeitgebererschaft eine bange Sorge um die Zukunft Platz gegriffen. Es folgen dann die üblichen Phrasen, daß Deutschland auf die Dauer den Wettbewerb mit dem Auslande auf dem Weltmarkt nicht werde aushalten können, und daß dadurch die Arbeitsgelegenheit der heimischen Industrie verloren gehe, und schließlich wird dann die Mahnung ausgesprochen, daß die verantwortlichen Instanzen im Reich sich endlich davon überzeugen müßten, daß die Industrie einen Anspruch darauf hat, von weiteren Beunruhigungen verschont zu werden.

Wenn es nur der Verband der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk wäre, der diese Unkenrufe erschallen läßt, so könnte man sich damit ruhig abfinden. Indessen wenn man die Presse aufmerksam verfolgt, so findet man derartige Rundgebungen gerade in der letzten Zeit recht häufig. Es muß also eine Art System darin liegen, und deshalb glauben wir ist unsere Vermutung, daß der Wechsel in verschiedenen Reichs- und Staatsämtern den Anlaß dazu gibt, durchaus nicht von der Hand zu weisen. Man lese nur einmal die „Arbeit-

geber-Zeitung", die an jedem auch noch so kleinen sozialpolitischen Fortschritt herumzundergeln hat. Wenn man jedoch einen Rückblick wirft und sich fragt, was ist denn eigentlich in den letzten Jahren auf sozialpolitischem Gebiete geschehen, so ist das Ergebnis ein herzlich schlechtes. Ein fast völliger Stillstand ist zu verzeichnen, denn die wenigen Versuche, die man gemacht hat, um vorwärts zu kommen, sind gescheitert. Durch den Schluß des Reichstages sind die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, die so heftig befördert werden, zunächst unter den Tisch gefallen, und es ist fraglich, ob und in welcher Gestalt sie wieder an den Reichstag gelangen werden. Wenn trotzdem die verschiedenen Scharfmacherorgane jetzt wie auf Kommando eine Bewegung gegen diese gesetzgeberischen Pläne in Szene setzen, so geschieht es offenbar zu dem Zwecke, entweder die Regierung zu veranlassen, von der Wiedereinbringung jener Gesetze gänzlich Abstand zu nehmen, oder sie gegen die von der Kommission beschlossenen Verbesserungen zur Gewerbeordnungs-Novelle scharf zu machen, daß sie die Vorlage in so verwaschener Form einbringt, daß von einem wesentlichen Fortschritt nicht mehr die Rede sein kann. Jedenfalls wird es gut sein, wenn man das Treiben jener Kreise aufmerksam verfolgt und in der Öffentlichkeit an den Pranger stellt. Der Reichstag aber, der dem arbeitenden Volke mit seiner Finanzreform so schwere Lasten auferlegt hat, wird wenigstens darauf dringen müssen, daß nun endlich auf sozialpolitischem Gebiete etwas mehr Feuer unter die Gesetzgebungsmaschine gemacht wird.

Der Welthandel 1908.

Die statistischen Aufzeichnungen über den Umfang des auswärtigen Handels waren bei Abschluß des neuesten „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ leider noch nicht in allen Ländern soweit gegeben, daß Angaben über den Außenhandel im letzten Jahre Aufnahme in das Werk finden konnten. Namentlich die Vereinigten Staaten, Belgien und die Niederlande haben bisher die Ergebnisse ihrer Handelsstatistik für 1908 noch nicht veröffentlicht. Immerhin ermöglichen aber die im Jahrbuche mitgeteilten Zahlen schon einen Ueberblick über die Entwicklung, die der Weltkhan del im Berichtsjahre genommen hat, wobei nur ein Duzend der wichtigsten Handelsländer in Betracht gezogen werden sollen.

Die Einfuhr hat bei nicht weniger als acht von den zwölf Staaten einen beträchtlichen Rückgang erfahren, wobei absolut und relativ die Abnahme in Deutschland am größten war: Der Einfuhrwert sank um mehr als eine Milliarde von 8747 auf 7664 Mill. Mark, was einem Hundertteilfrage von 12,4 entspricht. Mehr als 10 Proz. Einbuße hatte ferner noch die Einfuhr in Brasilien, Japan und der Schweiz zu verzeichnen, wie folgende Wertzahlen in Mill. Mark ergeben:

Einfuhr nach	1908	1907
Brasilien	899	1108
Japan	788	900
der Schweiz	831	922

England hat demgegenüber noch verhältnismäßig günstig abgeschlossen; seine Einfuhr, die 1907 11 299 Mill. Mark erreicht hatte, betrug im letzten Jahre nur noch 10 475 Mill. Mark, sank aber doch nur um 7,3 Prozent. Frankreichs Einfuhr erlitt einen Rückgang um 2,1 Prozent (von 4978 auf 4873 Mill. Mark), diejenige Argentiniens sank von 1158 auf 1105, Ägyptens von 542 auf 522 Mill. Mark. Eine Steigerung des Einfuhrwertes verzeichnet die Statistik für folgende vier Staaten:

	Einfuhrwert (in Mill. Mark)	
	1908	1907
Italien	2425	2304
Oesterreich-Ungarn	2152	2127
Rußland	1614	1515
Spanien	767	752

Ein Steigen oder Sinken des Einfuhrwertes ist aber allein noch nicht beweiskräftig, wenn es sich darum handelt, festzustellen, inwiefern der Handel eines Landes durch eine günstige oder ungünstige wirtschaftliche Konjunktur beeinflusst worden ist. Für die Entwicklung der Einfuhr sind noch allerlei sonstige Momente von Bedeutung. Auch für die Ausfuhr sind solche nicht ohne Einfluß, wie die Lattache zeigt, daß von den in Betracht gezogenen Ländern allein Argentinien — infolge des starken Weizenbedarfs Europas und einer großen einheimischen Ernte — eine Zunahme der Ausfuhr aufzuweisen hatte. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß gerade in Zeiten einer verringerten Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes die Industrie zu einer verstärkten Ausfuhr unter wenig vorteilhafter Preisnormierung

gebrängt wird. Daraus, daß trotzdem fast überall der Ausfuhrwert gesunken ist, läßt sich ermaßen, wie schwer die Krisis auf Handel und Industrie lastet.

Die Abnahme der Ausfuhr war relativ am stärksten in Ägypten und Brasilien, wo sie 23,7 bzw. 18,9 Prozent ausmachte: der Wert sank in Ägypten von 581 auf 443, in Brasilien von 1108 auf 899 Mill. Mark. Was das namentlich für letzteres Land bedeutet, ergibt sich aus der Erwägung, daß seine Ausfuhr in allererster Linie aus Kaffee besteht, der bisher schon einen den Export kaum lohnenden Preisstand aufzuweisen hatte. England steht mit einer absoluten Abnahme von fast einer Milliarde (von 8691 auf 7695 Mill. Mark) an der Spitze, in Deutschland betrug sie 446 Mill. Mark (6389 statt 6845 Mill. Mark), in Frankreich 259 Mill. Mark (4218 statt 4477 Mill. Mark). In den übrigen Haupthandelsländern war die Entwicklung der Ausfuhr (in Mill. Mark) die folgende:

	1908	1907
Rußland	2026	2143
Oesterreich-Ungarn	1976	2089
Italien	1487	1559
Schweiz	831	922
Japan	788	900
Spanien	712	743

Die Schutzöllner trösten sich angesichts dieser Zahlen damit, daß ohne das jetzt fast in allen Ländern herrschende Schutzöllnsystem die Krisis noch viel verderblichere Wirkungen gezeigt haben würde, und weisen auf England hin, das trotz seines Freihandels ganz beträchtliche Einbußen in seinem Außenhandel erlitten habe. Internationaler Freihandel würde aber überhaupt dem Entstehen der Krisis vorgebeugt haben, die England nicht zu verhindern vermaga, wenn sich seinem Freihandel gegenüber fast alle Handelsländer durch Schutzöllle abschließen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 3. September 1909.

An die Ausschüsse der Ortsverbände und Ortsvereine! Das Quartal geht zu Ende, und damit auch die Werbearbeit für das Verbandsorgan, den „Gewerdberein“, wieder aufgenommen werden. Wir bringen deshalb an der Spitze dieser Nummer einen Aufruf, den wir dringend der Beachtung empfehlen. Die Vorkisenden werden ersucht, unter Bezugnahme darauf die Mitglieder zum Abonnement auf den „Gewerdberein“ aufzufordern. Soll aber die Wahrung von Erfolg sein, so muß in jedem Ortsverbande bzw. Ortsvereine ein rühriger Kollege bereit sein, die Adressen der Abonnenten zu sammeln, das Bestellgeld einzuziehen und bei der zuständigen Postanstalt das Abonnement aufzugeben. Es darf wohl erwartet werden, daß allerorten eine lebhaftige Agitation für den „Gewerdberein“ entfaltet wird. Nur durch andauernde Auffklärung können wir überzeugte und begeisterte Anhänger gewinnen. Darum, Kollegen, die Ihr in führender Stellung Euch befindet, tut Eure Pflicht!

Der Zentralrat hat sich in seinen beiden letzten Sitzungen nochmals mit der Stellung zum Ganja-Bund beschäftigt. Nach einem einleitenden Referat des Verbandsredakteurs Kollegen Wein und ausgiebiger Diskussion wurde folgender Antrag angenommen:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerdbereine hält es trotz Anerkennung und Billigung der wirtschaftspolitischen Bestrebungen des Ganja-Bundes für zweckmäßig, eine abwartende Stellung einzunehmen, und kann es deshalb nicht als die Aufgabe der Ortsvereine, Ortsverbände und Ausbreitungsverbände betrachten, die korporative Mitgliedschaft im Ganja-Bund zu erwerben.

Die Folgen der Steuergesetzgebung zeigen sich! Die Reichsfinanzmurrerei ist von uns bereits eingehend gekennzeichnet worden. Wir haben insbesondere auch darauf hingewiesen, daß die Arbeiter der mit neuen Steuern ungebührlich überlasteten Industrien in ihrer Existenz schwer gefährdet werden. Als neuen Beweis hierfür erhalten wir heute eine Mitteilung aus Rees a. Rhein, die uns ein Verbandsgenosse zur Verfügung gestellt hat und in der die zurzeit bestehenden Verhältnisse in der Tabakindustrie geschildert werden. Die Arbeitnehmer dieser einfachschichtigen Schilberung eines Zigarrenarbeiters, daß in der Zeit von der Beschlußfassung über die Tabaksteuer ab bis zum

Antrittstreten dieser Steuer in den Zigarrenfabriken mit Hochdruck gearbeitet wurde, um recht viel Vorräte zu beschaffen. Die bekannte Tabakfabrik Oldenkott Henric, sen. u. Co. ließ vier Wochen lang statt 10½ Stunden pro Tag 12½ Stunden arbeiten, die Firma Ostendorp statt 11 Stunden 13 Stunden. Mit dem Antrittstreten der Steuer hat die Firma Ostendorp dann am 16. August ihre Arbeiter, ungefähr 40 bis 45 Mann, entlassen, gewissermaßen als Dank für die geleisteten Ueberstunden und die Anhäufung der Vorräte. Am 10. September entläßt die Firma Reinders u. Offenburg ihre 25 bis 30 Arbeiter. Bei der Firma Oldenkott u. Co. wird am 2. September das ganze Arbeiterpersonal auf der Strafe sein, etwa 220 bis 230 Personen. In der Filiale dieser Firma in A n h o l t i. Westf. kommen ebenfalls 40 bis 50 Arbeiter zur Entlassung.

Diese Vernichtung der Existenz zahlreicher Arbeiterfamilien, die lediglich durch die übernatürliche Steuergesetzgebung des deutschen Reichstages herbeigeführt worden ist, wird die beteiligten Arbeiter um so härter treffen, als das kleine rheinische Städtchen Rees nur etwa 4000 Einwohner zählt, von denen ein großer Teil in der Tabak- und Zigarrenindustrie beschäftigt war. Wo sollen diese Leute nun ein Unterkommen finden? In Rees selbst bietet sich nicht genügend Arbeitsgelegenheit; sie müssen auswandern. Aber wohin? das ist die Frage. Heute, wo infolge der daniederliegenden Konjunktur so schon überall Arbeitsmangel herrscht, wird es den brotlos gewordenen Zigarren- und Tabakarbeitern doppelt schwer werden, in irgend einem anderen Berufe eine neue Existenz zu finden. Und von der staatlichen Unterstützung können und wollen diese Leute auf die Dauer nicht leben. Die Schuld an diesen traurigen Zuständen tragen auch jene christlichen Arbeiterführer, die im Reichstage so rückgratlos für die Erhöhung der Tabaksteuer gestimmt haben. Rees ist der Sitz des Zentralverbandes der christlichen Zigarren- und Tabakarbeiter. Die große Mehrheit der Tabakarbeiter in Rees gehört diesem Verbands an. Ob diese armen Leute nun wohl einsehen werden, wohin sie von ihren christlichen Führern gebracht worden sind?

Die Aussichten der Reichsversicherungsordnung scheinen recht schlecht zu sein, wenn das zutrifft, was die „Post“ darüber berichtet. Das Scharfmacherblatt will erfahren haben, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nur widerwillig die Vosadowskyche Herrschaft der Reform der Arbeiterversicherung angetreten hat. Die Regierung habe sich zur Ausarbeitung des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung nur dadurch bestimmen lassen, daß sie gewissermaßen durch bestimmte Erklärungen gebunden gewesen ist. Dazu komme noch, daß die beteiligten Kreise mit dem Entwurf durchaus nicht einverstanden seien und namentlich die Unternehmer sich völlig ablehnend verhielten. Das Blatt schreibt dazu:

Wie verlautet, hat der Bundesrat auf Grund dieser Stellungnahme der Beteiligten in manchen Punkten bedeutsame Änderungen des Entwurfs beschlossen. Man kann daher gespannt sein auf die Fassung des Entwurfs, wenn er Ende dieses Jahres dem Reichstage vorgelegt wird. Der Reichstag wird wohl auch noch manche Wünsche und Forderungen der Interessenten zur Geltung bringen. Ueberhaupt man dann, was von der großen Reform geblieben ist, so wird man zu der von weiten Kreisen vertretenen Ansicht kommen, daß die „Reform“ überhaupt nicht erforderlich war. Die Lücken und Mängel hätten sich im Rahmen der bestehenden Gesetze bewirken lassen: Ausdehnung des Kreises der Versicherten, Beseitigung der Herrschaft der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen, Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten, geordnete Rechtsmittel und Instanzen in der Krankenversicherung, Hinterbliebenenversicherung und einige Punkte von geringerer Bedeutung.

Vielleicht kommt der Reichstag auch zu dieser Ansicht, lehnt den Entwurf der Reichsversicherungsordnung ab und beschränkt sich darauf, hervorgetretenen Mängeln und Bedürfnissen durch Novellen zu den verschiedenen Versicherungsgesetzen zu entsprechen. Der Reichstanzler kann seinem Vorgänger im Reichsamt des Innern aber das Sprichwort entgegenhalten: „Vorgetan und nachgedacht, hat manchem schon viel Leid gebracht!“

Vorausgesetzt, daß diese Mitteilungen zutreffen, wären die Aussichten für das Zustandekommen der Reform der Arbeiterversicherung in der Tat sehr schlecht. Man darf gespannt sein, wie die Regierung sich zu dieser Veröffentlichung stellen wird.

Arbeiterbewegung. Die Differenzen in der Zigarrenfabrik von Krüger u. Blumenthal in Bünde i. W. sind beseitigt, indem die Firma das Verlangen, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten sollten, zurückzog. — In Dreß-

den stehen seit dem Writ des Steinfeher im Streik. Die vor dem Einigungsamt des Gewerbergerichts gepflogenen Vergleichsverhandlungen haben keinen Erfolg gehabt. Das Einigungsamt mußte einen Schiedspruch fällen, der von den Unternehmern zwar angenommen, von den Arbeitern aber abgelehnt wurde. — Am letzten Sonntag legten in der Wuppertal Eisenhütte in Barmen die Form- und Gießereiarbeiter wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. — In Forzheim sind die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, um die Forderungen, über die es im Frühjahr zu einer Einigung kam, zur Durchführung zu bringen. — Die Glaschleifereibesitzer in Hamburg haben den alten Tarif gekündigt und wollen den Arbeitern verschlechterte Arbeitsbedingungen aufdrängen. Diese sträuben sich dagegen, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß es zum Kampfe kommt. — Der Streik der Bauflempner und Installateure in Duedlinburg ist nach 3wöchentlicher Dauer durch den Abschluß eines Tarifvertrages beendet worden. Der Tarif bringt den Arbeitern bedeutende Verbesserungen, die nur durch das gemeinsame Vorgehen der verschiedenen Organisationen erzielt werden konnten. Einige Firmen haben den Tarif noch nicht unterschrieben, weshalb Zugang vorläufig noch fernzuhalten ist.

In Marseille haben die Malergesellen die Arbeit eingestellt. — Die Automobil-Droschkenfutcher in Brüssel sind in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer sie für vorkommende Unfälle verantwortlich machen wollen.

Die Zustände im Hamburger Gewerkschaftshaus wurden im Februar d. J. in der Presse lebhaft besprochen. Kaum glaubliche Vorwürfe wurden damals gegen die Verwaltung dieses sozialdemokratischen Unternehmens erhoben, und die Berichtigung, die bald darauf auch im „Vorwärts“ erfolgte, mußte indirekt das Vorhandensein der geringsten Unregelmäßigkeiten zugeben. Näheres darüber finden unsere Leser in der Nr. 17 des „Gewerksverein“ d. J. Die Angelegenheit hat jetzt nun noch ein eigenartiges Nachspiel gehabt. Jene Angriffe gaben nämlich auch der Polizei Anlaß, einen Einblick in die Herbergsküche zu tun. Es muß da wohl nicht alles so gewesen sein, wie es sein müßte, denn am Sonntag, 28. August, hatten sich die frühere Dekonomin der Gewerkschaftsherberge und eine frühere Kochfrau derselben vor dem Schöffengericht II Hamburg wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Das Ergebnis war — wir zitieren jetzt wörtlich nach dem „Vorwärts“ — „daß in einem Falle eine nicht zu billige Unregelmäßigkeit der Dekonomin nachgewiesen wurde, indem sie Bohngemüse an die Gäste verkaufte, in welchem ein Schinkenknochen gefocht worden war, der von Maden durchsetzt war, dessen Fleisch aber nicht verwertet worden ist. Der zweite Fall betraf die Kochfrau, die verhehlich (?) in die Abfalltonne geratenes Fleisch, das aber auf Kartoffelschalen lag, verwertete, nachdem es gründlich gereinigt worden war.“ Die Angeklagten wurden mit Strafen von 20 und 5 Mark bedacht.

Ueber die „Härte“ dieses Urteils führt der „Vorwärts“ keine Beschwerde. Abgesehen von den schlechten Arbeitsverhältnissen, die ja die Polizei nichts angehen, müssen also auch, was die Nahrungsmittelzubereitung anbetrifft, im Hamburger Gewerkschaftshaus recht nette Zustände geherrscht haben. Wenn solche Schweinereien sich in einem der Deutschen Gewerksvereine gehörigen Verbandshaus zutragen würden, dann möchten wir einmal hören, wie die „Genossen“ darüber das Maul aufreißen würden.

Die Rücksicht auf die Herren Agrarier zeitigt recht eigenartige Blüten. Die „Berl. Volkstg.“ macht Mitteilung von einer Verordnung der Regierung in Gumbinnen über den Sütendienstschulpflichtiger Kinder.

Danach darf die Sütterlaubnis nur für die wirkliche Sützeit, längstens für die Zeit vom 15. Mai bis 1. November, erteilt werden. Nur an Knaben, nicht an Mädchen darf die Sütterlaubnis erteilt werden, und zwar nur solchen Knaben, die am 15. Mai das erste Lebensjahr vollendet haben, aber noch nicht älter als 13 Jahre sind. Hieraus folgt, daß ein Knabe höchstens während zweier Sommer zum Sütendienste verwendet werden darf. Jeder Knabe hat beim Nachsuchen des Süttescheins ein von dem Amtsdorfschreiber auszufüllendes Zeugnis für die Armut der Eltern beizubringen. Die Sütelinder haben mindestens 8 Stunden wöchentlich am Schulterricht teilzunehmen, und zwar an zwei Tagen der Woche in den ersten Unterrichtsstunden. Die Dienstherren haben die Sütelinder die zur Anfertigung der Schularbeiten nötige Zeit zu gewähren. Der Lehrer hat ein gesondertes Verzeichnis der Sütelinder zu führen und den Schul-

besuch derselben (!) sorgfältig zu überwachen. Auch bezüglich ihrer Führung hat der Lehrer die Sütelinder stets im Auge zu behalten und sich ihrer erzieherisch besonders anzunehmen. Bei fortgesetzter Schulverhinderung oder dauernd mangelnder Führung eines Süttescheins ist von dem Rechte der Rücknahme des Süttescheins unbeschädigt Gebrauch zu machen. Die Schulinspektoren haben bei ihren Revisionen den Angelegenheiten der Sütelinder ihre besondere Fürsorge zuzuwenden und beim Antreffen etwaiger Mängel das Geeignete zu veranlassen.

Also während zweier Monate 6 Stunden Unterricht wöchentlich wird als ausreichend für diese armen Jungen angesehen! Und wie oft wird der Schulinspektor noch gegen den Willen des Lehrers, nur um dem Herrn Rittergutsbesitzer gefällig zu sein, auch noch weitergehende Dispens erteilen! Aus den Kindern muß etwas Nützliches werden. Will man vielleicht mit solchen Verordnungen auch den Elementen entgegenkommen, denen die dümmsten Arbeiter die liebsten sind?

Die Konkurrenzklause der Handlungsgehilfen bzw. die Abänderung der §§ 74 und 75 des Handelsgesetzbuches soll wieder einmal Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichsjustizamt und den beteiligten Ressorts sein. Die seit 1898 gültigen Bestimmungen haben den Verzicht gemacht, den früher vielfach zu weitgehenden Konkurrenzverboten eine Schranke zu ziehen. Aber nach den Erfahrungen der Kaufmannsgerichte erweisen sich die Bestimmungen der betreffenden Paragraphen heute nicht mehr als ausreichend, so daß eine weitere Einschränkung oder sogar völlige Beseitigung der Konkurrenzverbote gefordert wird. Die hierzu der Reichsregierung vorliegenden Anträge stellen sehr verschiedene Forderungen auf. Einmal soll eine Vereinbarung zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfen für letzteren nur insofern verbindlich sein, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Handlungsgehilfens bedeutet. Weiterhin soll die Konkurrenzklause nur zulässig sein bei Angestellten, die mindestens 3000 Mark Jahresgehalt beziehen. Als Höchstgrenze für die Zeit der Beschränkung wird allgemein ein Jahr verlangt. Weiterhin wird vorgeschlagen, daß die verwirkte Strafe das Jahreseinkommen des Handlungsgehilfen nicht übersteigen darf. Von verschiedenen Seiten wird auch die Forderung erhoben, daß während der Gültigkeitsdauer des Konkurrenzverbots die Fortzahlung des Gehalts an den Handlungsgehilfen erfolgen soll. Und während ein Teil der Kaufmannsgerichte grundsätzlich jede Konkurrenzklause verwirkt, wollen andere sie dort als zulässig gelten lassen, wo der Prinzipal ein berechtigtes Interesse nachweisen kann. Alle diese verschiedenen Vorschläge dürften bei den Beratungen zwischen dem Ressort eine eingehende Prüfung erfahren. Wir sind neugierig, was bei diesen Verhandlungen herauskommen wird. Viel versprechen können wir uns davon nicht. Denn nach unserer Meinung könnte dem mit der Konkurrenzklause getriebenen Unfug nur dann wirksam gesteuert werden, wenn sie einfach verboten würde.

Eine enorme Steigerung der Fleischpreise weist die letzte Zusammenstellung der „Statist. Korresp.“ für die erste Hälfte des August nach. Es kostete nämlich ein Kilogramm

	erste Hälfte Juli	erste Hälfte August
Schweinefleisch von der Keule	173	178
„ vom Bauch	161	169
„ Kopf und Bein	82	88
Rüdenfett	154	160
im Durchschnitt Schweinefleisch	156	162
Schinken	255	266
Speck, geräuchert	179	185

Aber nicht nur auf das Fleisch erstreckt sich die Feuerung. Das Statistische Amt der Stadt Berlin stellt fest, daß im Juli-August d. J. das Kilogramm Roggenbrot 31,57 Pfg. und das Kilogramm Weizenbrot 56,49 Pfg. kostete. Im Jahresdurchschnitt kostete 1899 ein Kilogramm Roggenbrot 24,21 Pfg. und ein Kilogramm Weizenbrot 41,70 Pfg. Und geht man gar auf das Jahr 1894 zurück, so findet man als entsprechende Preise 20,43 und 35,15 Pfg. Also eine ganz ungeheuerliche Steigerung, deren Vorteile in erster Linie die „notleidenden“ Agrarier geschluckt haben, denen man bei der Finanzreform die Liebesgaben zu schmälern sich sorgsam gehütet hat. Dafür aber hat man den wirklich armen Schichten der Bevölkerung neue schwere Lasten auferlegt. Und eine solche Politik konnten Leute untertun, die sich christliche Arbeiterführer nennen. Unglaublich, aber wahr!

Eine soziale Orkan. Die die Gastwirte, so versucht auch die Firma Krupp aus der Erhöhung des Bierpreises für sich Kapital zu schlagen. In

den Kantinen und Konsumanstalten des Essener Werkes ist nämlich der Preis für die drei Sorten Flaschenbier, nicht ganz ½ Liter, von 10, 12 und 14 Pfg. auf 13, 15 und 17 Pfg. erhöht worden. Es ist dies eine Preissteigerung, die ganz erheblich über den Satz hinausgeht, den die Biersteuer verurteilt. Bei dem bisherigen Umlauf würde das einen jährlichen Mehrertrag von mindestens 60 000 bis 75 000 Mark ausmachen. Die Arbeiter jedoch hatten für diese Politik der Firma kein Verständnis. Die Verkaufsstätten bestellten ihr Bier, der Verkauf wurde fast vollständig eingestellt, da kaum mehr als 30 bis 40 Flaschen täglich von den Arbeitern verlangt wurden. Sie wollten sich nämlich nicht von der „mohltätigen“ Firma über's Ohr hauen lassen, verzichteten lieber auf den Biergenuss und tranken leidlich Seltzerwasser. Die Firma hat damit den Alkoholgegnern zweifellos einen großen Dienst erwiesen. Sie selbst aber dürfte kaum auf ihre Rechnung kommen.

Zum Strafverfahren gegen Jugendliche hat der Ministers des Innern folgenden Erlaß an die Oberpräsidenten gerichtet:

In dem Strafverfahren gegen jugendliche Personen, über dessen Gestaltung der Justizminister die allgemeine Verfügung vom 1. Juni 1908 erlassen hat, haben sich als besonders wirksam die Maßnahmen erwiesen, die auf eine möglichst frühzeitige und erschöpfende Erforschung der Lebensverhältnisse des jugendlichen Beschuldigten, sowie aller derjenigen Umstände abzielen, die sonst zur Beurteilung seiner Person, der Straftat und der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht dienlich sein können. Für die beteiligten Justizbehörden ist es daher von großer Bedeutung, geeignete Kräfte zu gewinnen, die die erforderlichen Ermittlungen unschuldig, zuverlässig und pünktlich bewirken. Die Justizbehörden bedienen sich hierzu neben der Beihilfe von Polizeibeamten in ausgedehntem Maße und mit gutem Erfolge der Mitwirkung der Fürsorgevereine, soweit solche an den in Betracht kommenden Orten vorhanden sind. Sie sind zu dem angegebenen Zwecke ferner mit den Gemeindebehörden in Verbindung getreten. Auch von diesen Stellen haben im allgemeinen die mit der Einrichtung der Jugendgerichte verfolgten Bestrebungen Förderung erfahren; nur vereinzelt ist über eine ablehnende Stellungnahme dieser Behörden Lage geführt worden.

Aus diesen Gründen werden die Oberpräsidenten aufgefordert, den Landräten, Polizei- und Gemeindebehörden sowie den Fürsorgevereinen tunlichstes entgegenkommen gegenüber den betreffenden Erjuden der Justizbehörden zu empfehlen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß auch zahlreiche Gewerkschaftsorgane, namentlich in Berlin, sich in den Dienst der Jugendgerichtshilfe gestellt haben und mit Erfolg tätig sind. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß noch hier und da eine oder der andere sich entschließt, auf diesem wichtigen Gebiete praktisch mitzuarbeiten.

Interessante Zahlen aus der britischen Textilindustrie werden durch die neuesten Ausweise des Home Office veröffentlicht. Danach waren in den britischen Textilbetrieben neben 311 000 männlichen und 505 000 weiblichen Erwachsenen 32 647 Kinder halbtätig und 238 772 sonstige Jugendliche unter 18 Jahren vollzeitig beschäftigt. Im Jahre 1897 waren neben 296 000 männlichen und 475 000 weiblichen Erwachsenen noch 40 937 Halbzeit-Kinder und 231 302 Vollzeit-Jugendliche beschäftigt. Hinsichtlich der Beschäftigung der Kinder und Jugendlichen ist also eine Wandlung zum Besseren eingetreten. Gegen die Halbzeit-Arbeit macht sich eine starke Strömung geltend. Die Frauennarbeit überwiegt die Männerarbeit in allen Zweigen der Textilindustrie, mit Ausnahme der Spitzenindustrie, in der das männliche Element 60 Proz. der Arbeitskräfte ausmacht. In der Saar- und Faserverarbeitung sind noch 45 Proz. Männer beschäftigt, in der Wirkwarenindustrie dagegen noch nicht einmal 25 Proz. In der Hauptindustrie, dem Baumwollgewerbe, stehen 218 000 Männern 359 000 Frauen gegenüber. Nach den Angaben von 4266 Betrieben, die insgesamt nur 286 000 erwachsene Frauen beschäftigen, waren 206 000 davon unverheiratet, 69 000 verheiratet und etwa 12 000 verwitwet.

Ueber den Generallstreik in Schweden liegen besondere Neuigkeiten nicht vor. Die auf Seiten der Unternehmer stehenden Blätter verkünden noch wie vor, daß die Zahl der Arbeitswilligen steigt, eine Angabe, die von anderer Seite ebenso energisch bestritten wird. Tatsächlich ist wohl die Zahl der Streikenden etwas gesunken. Zuverlässige Nachrichten darüber aber liegen nicht vor. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ sollen Verhandlungen eingeleitet worden sein, die auf eine Beilegung des Konfliktes abzielen. Die Beendigung des Kampfes wäre sicherlich dringend zu wünschen. Nach den bisherigen Erfahrungen aber hegen wir Zweifel, daß diese Einigungsverhandlungen von

Erfolg sein werden. Wir bitten deshalb unsere Kollegen, die Sammlungen für die schwedischen Arbeiter noch fortzusetzen und den Ertrag baldmöglichst an den Verbandskassierer, Kollegen Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-223, einbringen zu wollen.

Gewerkvereins-Zeil.

Cuxhaven. Endlich hat der Gewerkvereinsgedanke auch hier Boden gefunden. Nach langen Bemühungen ist es trotz heftiger Gegenwehr der „Genossen“ gelungen, einen Ortsverein der graphischen Berufe und Kaler ins Leben zu rufen. Vorsitzender des jungen Vereins wurde der Kollege John Junge, Kassierer Koll. Feinr. Durwald und Schriftführer Koll. Bruno Brandt. Die Zeitung liegt in guten Händen, alle Kollegen sind von regem Eifer für unsere Sache begeistert. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß der Verein bald eine starke Mitgliederzunahme aufweisen wird und dann den Grundstein legt auch für Ortsvereine anderer Berufe.

Düren. Ein eigenartiges Nachspiel hat die Reichstagswahl im Kreise Düren gehabt. Der größte Teil der dortigen Arbeiter war mit der Aufstellung des Fürsten Salin als Kandidaten der Zentrumspartei nicht einverstanden und stellte deshalb aus ihrer Mitte den Leppigheuer Schnöbrenner auf. Daraus entwickelte sich eine heftige Fehde, infolge deren der Arbeiter Schnöbrenner, welcher auch Stadtverordneter in Düren ist, aus der Zentrumspartei ausgeschlossen wurde. Aus Veranlassung hierüber und wegen des Verhaltens dieser Partei und der ihr angehörenden christlichen Gewerkschaftsführer bei der Reichstagsreform hat nun ein großer Teil der Dürener Arbeiter die Konsequenzen gezogen, ist aus der christlichen Gewerkschaft ausgeschieden und zu den kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften in einer Anzahl von über zweihundert Mitgliedern übergetreten.

St. Ingbert (Pfalz). Der Ortsverband des Saarreviers hatte am 20. August hierher einen Ausflug unternommen, der vom besten Wetter begünstigt wurde. Die damit verbundene 8. Ortsverbandsversammlung war sehr gut besucht; sogar von Zweibrücken waren einige Kollegen erschienen. Auch der Verlauf der Versammlung zeigte, daß im Saarrevier echter Gewerkschaftsgeist lebt, der sich wieder zu regen beginnt. Kollege Götsch sprach über „Sozialpolitik und Arbeiterschaft“. Er schilderte kurz und treffend die Vorgänge bei der Reichstagsreform, die der deutschen Arbeiterschaft eine starke Enttäuschung gebracht haben. Auch in sozialpolitischer Beziehung trifft das zu, denn alle darauf in Beratung befindlichen Gesetzesentwürfe seien infolge der Schließung des Reichstages unter den Tisch gefallen. Das sei in erster Linie bedauerlich für die geplante Novelle zur Gewerbeordnung, die manche Verbesserungen für Arbeiter und Angestellte bringen sollte. Das Arbeitsamtergesetz und ein Gesetzentwurf betr. die freien Hilfskassen teilen dasselbe Schicksal. Als erledigt in der letzten Periode gilt das Vereinsgesetz, eigentlich ja kein sozialpolitisches Gesetz, aber mit seinen Einrichtungen für die Organisationen sei es doch ein Fortschritt trotz mancher Mängel; dann ein Teil der Novelle zur Gewerbeordnung mit wichtigsten Bestimmungen betr. Frauenarbeitszeit, Wirtshaus von Arbeit nach Hause, Regelung des Vergütungsfabrik als Betrieb mit mehr als 10 Arbeitern. Alles andere sei überhaupt noch nicht vor den Reichstag gelangt, so die neue Reichsversicherungsordnung, die auch eine Witwen- und Waisenversicherung bringen soll. Trotz der nun schon sehr ausgedehnten Berar-

beiten höre man auch noch immer nichts von einer Gesetzesvorlage bezügl. der Rentenversicherung der Privatbeamten, und das Arbeitslosen-Problem werde ganz und gar als Stiefkind behandelt. Das alles bedeute eine Gefahr für die Sozialpolitik überhaupt, weil eine solche Arbeitslosigkeit erst recht das bekannte Schneekentempo bebinge. Redner streifte dann die Gründung des Kantabundes, dessen wirtschaftspolitischen Bestrebungen man Erfolg wünschen könne, der aber bekämpft werden müsse, wenn er gegen die Sozialpolitik arbeiten sollte, wie es in der Gründungsversammlung der Ortsgruppe Saarbrücken zum Ausdruck gekommen sei. Unter diesen Umständen sei es doppelt notwendig, die Arbeiterorganisationen zu stärken; denn nur dadurch könne man wirklich Verbesserungen erzielen und Verschlechterungen abwehren. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall, ebenso die der Diskussionsredner, welche in sachlicher Weise das Referat ergänzten. Die ganze Veranstaltung dürfte wesentlich zur Stärkung unserer Bewegung in Saarabien und besonders des neuen Ortsvereins St. Ingbert beigetragen haben, wenn unsere Kollegen den Erfolg richtig auszunutzen verstehen.

Verbands-Zeil.

*** Aufruf an die in den Deutschen Gewerkschaften organisierten Robellistischer!**

Werte Kollegen! Allüberall im Deutschen Reich finden wir eine rege Agitation in den verschiedensten Branchen. In den einzelnen Industriezweigen versuchen die Konkurrenzorganisationen seit langer Zeit statistisches Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen zu erhalten. Auch auf die Branche der Robellistischer trifft dies zu. Da dürfte es endlich auch notwendig werden, daß innerhalb der Deutschen Gewerkschaften einmal Schritte getan werden, um unerschöpfbares Material über die Verhältnisse der Robellistischer zu erhalten. Unsere Sektion der Robellistischer in Berlin hat nun zu diesem Zweck Fragebogen versandt an solche Ortsverbände und Brudervereine, von denen wir annehmen konnten, daß an dem betreffenden Orte Robellistischer beschäftigt sind. Wir richten nun an die Kollegen die dringende Bitte, diese Fragebogen genau auszufüllen und an die auf dem Fragebogen angegebene Adresse einzuschicken. Das Ergebnis der Erhebung werden wir dann in der Presse bekannt geben. Veräume daher kein Ortsverband, kein Ortsverein die Ausfüllung des Fragebogens! Gilt es doch Klarheit über eine Branche zu schaffen, die nach unserer Meinung bis jetzt viel zu wenig berücksichtigt wurde. Je genauer wir über die Verhältnisse unterrichtet sind, desto wertvoller und nutzbringender wird die Agitation für unsere Gewerkschaftsbewegung ausfallen. Zeigen wir auch diesmal, daß das Lösungswort: Einert für alle, alle für einen! in den Deutschen Gewerkschaften immer noch Geltung hat.

O. Karnath, Robellistischer.
Berlin SW. 87, Postoderstraße 11.

Bericht.

Vertr. Diskussionsabend der Deutschen Gewerkschaften (A.-D.). Verbandsbüro der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Mittwoch, 8. September. Vortragsabend: „Unsere Arbeit im Winter“. Vortrag des Koll. Lewin: „Brennende Tagesfragen“. — **Gewerkschafts-Liedertafel (A.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Liederkunde im Verbandsbüro der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Diskussionsabend** im Verbandsbüro, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Rabau, Wald-

straße 58. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Am Sonnabend, 4. September, abends 8½ Uhr, Ausflugsfahrt bei Funtz, Triftstr. 63. Mittwoch, 8. September, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Funtz, Triftstraße 63. Vortrag: „Rechtsprechung am Reichsversicherungsamt bei Festsetzung von Unfallrenten!“ Referent: Erkelens.

Orts- und Reichsverbände.

Nachen (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Diskussionsabend bei Buchter, Ecke Jansemannplatz und Mühlstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Voßstr., Diskussionsklub. (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sanderbau, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Köln (Diskussionsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Kolping“, Elberstraße. — **Hamburg (Diskussionsklub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Paetor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Diskussionsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hofenstump, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. — **Waldheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Diskussionsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Vertierstr. 120. — **Leipzig (Gewerkschafts-Liedertafel)** Die Liederkunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. G. (Gesangsabteilung der Gewerkschaften).** Liederkunde jeden Dienstag, abends 8½-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schillingstraße. Gesangsliebende Gewerkschaftsmitglieder sind willkommen. — **Ferlach (Diskussionsklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Cottbus (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die Liederkunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Robel, Voßstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — **Weißenfels (Ortsverband).** Sonnabend, 4. September im Restaurant Schumanns Garten Ortsverbandsversammlung. T.O.: 1. Verlesen des Protokolls letzter Versammlung. 2. Aussprache und Aufstellung eines Kandidaten als Stadtverordneter. 3. Bericht über die Maßnahmen bei der Wahl der Kollegen zur unteren Verwaltungsbehörde. 4. Verschiedenes. — **Hannover-Linden u. Umgegend (Ortsverband).** Sonnabend, 4. September, abends 8 Uhr, 41. Sitzungsfest in den Sälen der Königswahl, Brühlstr. 12. — **Weißenhagen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. Die nächste Versammlung findet statt am Sonntag, den 5. September. Vortrag über: „Reichsversicherungsreform“. — **Ludwigsfelde (Maschinenbau)** Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr bei Winkel, lombardische Mitglieder-Versammlung.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Friedland, Bez. Dresden (Ortsv. der Fabrik- und Handarbeiter). Emil Schmidt, Friedland, Bez. Dresden, Obere Steinstr. 24.

Ortsvereine.

An verschiedene Ortsvereins-Schriftführer in Berlin. Die Versammlungsangelegenheiten kommen häufig so spät an, daß es schwierig ist, sie noch in den Versammlungskalender aufzunehmen. Der „Gewerkverein“ wird vor mittags fertiggestellt, weshalb es wünschenswert ist, daß die Anzeigen schon Montag bzw. Donnerstag Abend in der Redaktion eingelaufen sind. Wir bitten um Berücksichtigung.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ausschreibung.

Gemäß Beschluß der letzten Generalversammlung unseres Gewerkschaftsvereins ist die Stelle des Schriftführers und Kassierers neu zu besetzen. Kameraden und Verbandskollegen, die praktische bergmännisch-kennntnisse besitzen und auf die Stelle reflektieren, wollen ihre Bewerbungschriften nebst kurz gefaßtem Lebenslauf und einem Aufsatze über die Tätigkeit eines Gewerkschaftsbeamten bis zum 1. September d.S. nach hier einreichen. Anfangsgehalt 140 Mk. monatlich. Halbjährige Probezeit.

Oberhausen (Mtbl.), Mühlheimerstraße 132.

Der Hauptvorstand
des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Bergarbeiter.

Geislingen a. G. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper, Hauptstraße 48.

Dauzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftsmitglieder erhalten beim Genossen Kammerer, Hauptmarkt 10, Besprechungskarten.

Edin und Wälsheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Besprechungskarten im Verbandsbüro, Severstr. 118 I.

Waldheim (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Diskussionsfest beim Kassierer ihres Ortsvereins.

Essen (Mtbl.). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Besprechungskarten im Gewerkschaftsbüro, Trothausenstr. 58.

Weißenfels a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterhaltungskarten beim Kollegen Fischer, Leppigstr. 28.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterhaltung bei Carl Müller, Greifstraße 2, Ecke Oberlauenstraße.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterhaltung im Büro, Mühlheimerstraße 132.

Leipzig-West (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkschaftsmitglieder die Karten für das Ortsverbands-gesekel bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

Für Vereinsbibliotheken!

300 Bände
Romane, Erzählungen, humoristische Werke, Geschieder, sämtlich neu und gut gebunden, sind billig zu verkaufen.

- 1. Serie ca. 95 Bände 60 Mk.
- 2. " " 85 " 25 "
- 3. " " 87 " 25 "
- 4. " " 50 " 25 "
- 5. " " 50 " 25 "

Nähere Auskunft erteilt der Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/22.

Fahnen, Vereinsabzeichen,

Schärpen u. a. s. d. m. und billigen bei Th. Berke, Oppeln.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karlhan und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Girsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Leitfaden zum Gewerkschaftsgesetz von Dr. Max Girsch. Preis 80 Pfg.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Girsch. Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschaften 1 Exemplar 5 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Schrift zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Girsch-Dunder) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Geschieder, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Gelddbetrag beizufügen, da ansonsten der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.